

Weil uns Kolonien fehlen.

Deutschlands Wirtschaftslage alles andere als günstig.

New York. Der aus Europa zurückgekehrte Direktor des amerikanischen Handelsministeriums, Julius Klein, nennt die deutsche Wirtschaftslage alles andere als günstig. Das Gefühl der Unruhe und Unzufriedenheit beherrscht die arbeitenden Klassen in Deutschland. Wenn dieses Gefühl Streiks herbeiführt, wie man erwarten könne, dann würden drei Millionen Mann arbeitslos werden. Das würde für ein Volk, das schon ohne Streiks zwei Millionen Arbeitslose habe, ein neues, ernstes Problem werden. England und Frankreich befänden sich gegenüber Deutschland bei ihrem industriellen Wiederaufbau im Vorteil, weil sie Kolonien besäßen.

„Frankreich wäre heute kein unabhängiges Land mehr...“

London, 16. April. Bei der Haushaltsansprache im Unterhaus griff der frühere Arbeiterparteiliche Schatzkanzler, Snowden, Schatzkanzler Churchill wegen seines Haushaltsvoranschlags heftig an. Zur Frage der englischen Schuldenabkommen mit den Alliierten erklärte er u. a., daß standalößere Abkommen noch durch keinen anderen britischen Minister abgeschlossen worden seien. Wenn Frankreich und Italien es sich leisten können, ihre Schulden an Amerika zu zahlen, dann könnten sie auch ihre Schulden an Großbritannien abtragen, denn England habe für Frankreich ebensoviel getan, wie die Vereinigten Staaten. Ohne die Entsendung britischer Truppen und ohne britisches Geld wäre Frankreich heute kein unabhängiges Land mehr.

England geht es ausgezeichnet.

Haushaltsrede des Schatzkanzlers Churchill.

London. Der Beginn des letzten kurzen Tagungsabschnittes des englischen Unterhauses stand ganz unter dem Zeichen der Haushaltsrede des Schatzkanzlers Churchill. Churchill stellte fest, daß eine merkliche Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage eingetreten sei. Die Ersparnisse der untersten Bevölkerungstriebe seien während der Amtszeit der Regierung um 170 Millionen Pfund Sterling (ein englisches Pfund = 20 M.) gestiegen. Großbritannien näherte sich wieder dem Vorkriegsstand seiner Wirtschaft. Churchill ging dann näher auf die Leistungen der Regierung ein. Die größten Ersparnisse seien auf dem Rüstungsgebiet zu verzeichnen. Die Gesamtsumme der Schuld Großbritannien sei in den vier Jahren der Amtszeit der Regierung um 321 Millionen Pfund Sterling gefallen. Die ordentlichen Ausgaben für 1929 seien mit rund 742 Millionen Pfund Sterling eingelegt, so daß ein

Ueberschuß von rund 12 Millionen Pfund Sterling

verbleibt. U. a. soll der Kleinverkaufspreis für Bier und Spirituosen am 1. Oktober um 25 v. H. herabgesetzt werden. Für die Beschäftigung von Arbeitern aus den am meisten notleidenden Bezirken des Kohlenbergbaues werden besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Erleichterungen für die Landwirtschaft sollen bereits Anfang April anstatt erst am 1. Oktober in Kraft gesetzt werden. Den reinen Haushaltsüberschuß setzte Churchill mit 4 096 000 Pfund Sterling ein.

Aus aller Welt

Blühender Schmuggel an der Oberschlesischen Grenze

Nach Berichten aus Kattowitz wurden in den letzten 3 Tagen 23 Schmuggler an der polnisch-deutschen Grenze in Oberschlesien festgenommen. Zwei Schmuggler wurden beim Kluchterfuch durch Gewehrschüsse schwer verletzt. Etwa für 3000 Ploth Schmugglerware konnte beschlagnahmt werden. Außerdem wurden in mehreren Apotheken in Kattowitz Hausuchungen vorgenommen und für mehrere 1000 Ploth Heilmittel beschlagnahmt, die in Polen verboten sind.

Der wiederermachte Tote

In einer Gemeinde bei Grätz i. B. meldete eine Ehefrau dem Arzte den Tod ihres Mannes. Der Arzt stellte den Totenschein aus und es sollte die Einsegnung erfolgen. Plötzlich schob die Leiche das Leichentuch zur Seite und bewegte sich. Alles war entsetzt, doch wich bald der Schrecken einer unfassbaren Freude, denn der Mann hatte nur im Starrkrampf gelegen und konnte bald wieder seiner Beschäftigung nachgehen.

Vorausichtliche Witterung

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Schwache Luftbewegung, meist better, im ganzen Lande nachts Frostgefahr, tagsüber stärkere Erwärmung.

Sonne und Mond.

18. April: Sonne A. 4.50, U. 19.01. Mond A. 12.15, U. 3.30.

Draht-Berichte des Pulsntzer Tageblattes

Dresden, 17. April 1929, 12,00 Uhr. (T. U.)

Der Schlußstreik unter den aufgelösten Landtag Dresden.

Am Dienstag fand eine Sitzung des Präsidiums des Sächsischen Landtages statt, in der nach Zustellung des Urteiles des Staatsgerichtshofes und seiner Begründung zur Rechtslage Stellung genommen wurde. Es wurde einstimmig beschlossen, den Mitgliedern des Landtages folgendes Schreiben zugehen zu lassen:

Der Herr Ministerpräsident hat mir am heutigen Tage Nachricht von dem Urteil des Staatsgerichtshofes

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses und des Bezirkstages der Amtshauptmannschaft Ramenz.

Am Montag, den 15. April 1929, vormittags 9 Uhr, trat der Bezirksausschuß unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns Dr. v. Jöbel zu seiner 4. diesjährigen Sitzung zusammen, in der über 19 Punkte beraten wurde.

Der Bezirksausschuß nahm zunächst von einem Schreiben des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände Kenntnis, nach welchem die Vereinigung berufsständiger Gemeindeführer Sachsens über angeblich ungenügende Vertretung in der Zusammenlegung der Bezirkstage und Bezirksausschüsse bei den Amtshauptmannschaften Klage führt. Durch eine vom Verbande der Sächsischen Bezirksverbände gehaltene Rundfrage ist aber festgestellt worden, daß von 1012 Bezirkstagsabgeordneten 126 berufsständige und 88 nichtberufsständige Bürgermeister und von 239 Mitgliedern der Bezirksausschüsse 58 berufsständige und 12 nichtberufsständige Bürgermeister sind. Im Bezirkstage der Amtshauptmannschaft Ramenz sind 9 berufsständige und 7 nichtberufsständige und in ihrem Bezirksausschuße 3 berufsständige und 1 nichtberufsständiger Bürgermeister vertreten. Der Bezirksausschuß brachte auf Grund dieser Feststellungen zum Ausdruck, daß die Bezirksvertretungen bei der Amtshauptmannschaft Ramenz ausreichend mit Bürgermeistern des Bezirks besetzt seien. Die sächsische Regierung beabsichtigt, dem neuzuwählenden Landtage einen Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes vorzulegen, in dem über die Zusammenlegung von Bezirksverbänden und Gemeinden Entschlüsse zu fassen sein wird. Mit Rücksicht auf die Bedeutung und Tragweite eines solchen Gesetzes für die sächsischen Bezirksverbände hat der Vorstand des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände beschlossen, seine für Ende April 1929 geplante Hauptversammlung erst im Herbst dieses Jahres abzuhalten, um Gelegenheit zu haben, zu dem genannten Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Der Bezirksausschuß nahm hiervon Kenntnis.

Nach § 176 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. 8. 1923 unterstehen nunmehr die nicht bezirksfreien Städte, die beim Inkrafttreten des Gesetzes der revidierten Städteordnung unterstellt waren, der Aufsicht der Amtshauptmannschaft. Das Ministerium des Innern hat aber diejenigen Städte, die mehr als 10 000 Einwohner zählen, für die nächsten 2 Jahre, d. i. bis 31. März 1931, auf Antrag weiterhin unter die Aufsicht der Kreisshauptmannschaft gestellt. Das ist auch hinsichtlich der Stadt Ramenz geschehen, während von nun an die Stadt Pulsnitz der Aufsicht der Amtshauptmannschaft Ramenz mit unterstellt worden ist. Der Bezirksausschuß nahm auch hiervon sowie weiter von einem Schreiben der Sächsischen Staatsbank über von ihr für 5 Grundstücksbesitzer des Bezirks durchgeführte Umschuldungskredit-Anträge und von einem Dankschreiben des Vorstandes des Erziehungsheimes Elstra für die diesem auf das Jahr 1929 gewährte Beihilfe von 200 RM. Kenntnis.

Nachdem die Kreisshauptmannschaft Ramenz den Bezirksverband beschloß, hat, daß von der Kreisberatungsstelle für das vollstündige Büchereiwesen in erster Linie diejenigen Volksbibliotheken bei der Verteilung von Büchereipendenden bedacht werden, die von der Kreisberatungsstelle betreut werden, beschloß der Bezirksausschuß, sich nunmehr an der amtlichen Kreisberatungsstelle in Ramenz zu beteiligen und für das Rechnungsjahr 1929/30 einen Beitrag von 500 RM. zur Verfügung zu stellen sowie dem Bezirkstag vorzuschlagen, diesem Beschlusse beizutreten. Die Wohlfahrtschule Dresden-Sellerau zur Ausbildung von Wohlfahrtschulpflegerinnen ist nunmehr gegründet, auch hat sie ihren Schulbetrieb eröffnet. Der Wohlfahrtschulverband hat nun an die Bezirksverbände, die sich ihm hinsichtlich der Ausbildung von Wohlfahrtschulpflegerinnen angeschlossen haben, das Ersuchen gerichtet einen einmaligen Beitrag zur Gründung einer Schülerbibliothek zu bewilligen. Der Bezirksausschuß genehmigte hierfür eine Beihilfe in Höhe von 200 RM.

Der Geschichts- und Altertumsverein zu Ramenz und Umgebung hat unter Uebersetzung einiger Freistände seiner ersten Veröffentlichung: Gotthold Ephraim Lessing und seine Eltern in ihren Beziehungen zu Ramenz — Jahrbuch 1929 — und unter dem Ausdruck des Dankes für die im Vorjahre gewährte Beihilfe um anderweite Unterstützung gebeten. Der Bezirksausschuß bewilligte auf das Jahr 1929 wieder um eine Beihilfe von 100 RM. für die Bestrebungen des Vereins, dagegen sah er sich genötigt, ein Unterstützungsgesuch des Danziger Heimadmittes C. B. in Danzig auf sich beruhen zu lassen, da Beihilfen der Bezirksverbände grundsätzlich nur für Organisationen gegeben werden sollen, die sich auf das Gebiet des Freistaates Sachsen beschränken.

Die Oberpostdirektion Dresden beabsichtigt, zwischen Pulsnitz und Oberlichtenau eine Kraftpost einzurichten. Auf den Bezirksverband, die Stadt Pulsnitz und die Gemeinden Friedersdorf und Oberlichtenau entfällt auf das Probezeitjahr eine Gewährleistungssumme von insgesamt 300 RM. Der Bezirksausschuß erklärte sich mit der Einrichtung dieser Kraftpostlinie und der Uebernahme des auf den Bezirksverband Ramenz entfallenden Gewährleistungsbetrages von 80 RM. einverstanden. Die Gemeinde Bretnig sieht sich genötigt, ihre Straße nach Dorn-Pulsnitz, einer Straße von 172 Metern ausbessern zu lassen. Die Kosten hierfür betragen 46 362 RM. Der Bezirksausschuß erkannte die dringende Notwendigkeit zu dieser Wegeausbesserung an und beschloß daher, aus den für das Jahr 1928 noch verfügbar verbleibenden Mitteln 6000 RM. aus Bezirksmitteln und 3500 RM. aus Staatsmitteln zu bewilligen, sowie das Gesuch der Gemeinde um Gewährung einer besonderen Staatsunterstützung in Höhe von 10 000 RM. dem Finanzministerium unter Befürwortung einzubringen. Nach einer in der Sachkammer für Forstwirtschaft in Dresden abgehaltenen Besprechung tritt in den zwischen der Lausitzer Heide im Süden, dem Truppenübungsplatz und dem staatlichen Forstrevier Schwepnitz im Osten gelegenen Teile der Privatwaldungen der Kiefernspanner auf. Zur Bekämpfung dieses schädlichen Insektes machen sich umfassende Abwehrmaßnahmen nötig. Als Sachverständigen hierfür wählte der Bezirksausschuß die Herren Forstmeister Keuning in Lausnitz, Flachs in Cosel, Oberförster Schreiber in Trauna und Hennig in Straßgraben. Auf Grund des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und seiner Ausführungsbestimmungen erlärnt die Aufstellung eines 1. Nachtrags zur Pflegekinderordnung des Bezirksfürsorgeverbandes der Amtshauptmannschaft vom 26. 4. 1926 nach dem von dem Verbands-

der Sächsischen Bezirksverbände im Einverständnis mit dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium herausgegebenen Musterentwurf nötig. Der Bezirksausschuß erteilte auf Vortrage des Herrn Regierungsrats Dr. Merzdorf zu dem Nachtrage seine Zustimmung und empfahl ihm dem Bezirkstage zur Genehmigung. Zur Entscheidung über Einprüche gegen die Wählerverzeichnisse oder gegen die Verfassung von Wählerlisten in den Gemeinden des Bezirks wählte der Bezirksausschuß einen aus einem Vertreter der Amtshauptmannschaft und den Herren Bürgermeister Scholze-Jesau und Kummer-Oberlichtenau bestehenden Ausschuß und ermächtigte diesen, die Entscheidungen im Namen des Bezirksausschusses zu treffen. Er genehmigte hierauf den 1. Nachtrag zum Ortsgeleße über kostenlose Totenbestattung in der Gemeinde Bretnig, die Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 180 000 RM. bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen durch die Stadt Pulsnitz für Wohnungsbauzwecke, den 3. Nachtrag zur Sachung für die Benutzung der städtischen Wasserleitung zu Pulsnitz, ermächtigte die Amtshauptmannschaft zur Genehmigung des 10. Nachtrages zur Gemeindesteuerordnung für die Gemeinde Panschwitz, Grund- und Gewerbesteuer betr., unter der Voraussetzung, daß nach dem Ergebnis der noch vorzunehmenden Erörterungen keine Bedenken gegen den Nachtrag zu erheben sind, stimmte auf Vortrage des Herrn Regierungsrats Lampert dem 1. Nachtrag zur Vergütungssteuerordnung für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft, Dielenlänge betreffend, zu und empfahl ihm dem Bezirkstage zur Annahme.

An der Jugendherberge St. Marienstern macht sich eine Einfriedigung und Bepflanzung des Geländes nötig. Der Bezirksausschuß bewilligte die hierdurch entstehenden Kosten in Höhe bis zu 650 RM. Die Gemeinde Ditzo weigert sich, ihren Pflichten hinsichtlich der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel für den Schulbezirk nachzukommen. Der Bezirksausschuß beschloß, die Gemeinde Ditzo anzuweisen, in erster Linie die laufenden Schullasten zu begleichen und im Falle der Weigerung die Zwangsverwaltung anzudrohen, insbesondere, wenn die Gemeinde ihren Bürgermeister hindern sollte, seine Pflichten gegenüber dem Schulbezirk zu erfüllen.

Nachdem noch 2 Punkte der Tagesordnung in nichtöffentlicher Sitzung erledigt worden waren, erreichte die Sitzung vormittags gegen 10 Uhr ihr Ende.

Im Anschluß hieran fand 11 Uhr im Rathaussaale der Stadt Ramenz unter Vorsitz des Herrn Justizrat Voigt in Ramenz eine öffentliche Sitzung des Bezirkstages statt, der außer Herrn Amtshauptmann Dr. v. Jöbel der Stellvertreter des Kreisshauptmanns, Herr Oberregierungsrat Dr. Raesner von der Kreisshauptmannschaft Bauen und die Herren Juristen der Amtshauptmannschaft beiwohnten.

Der Bezirkstag sprach zunächst die vorher in allen ihren Teilen durch Sachverständige geprüfte Jahresrechnung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Ramenz und des Bezirksheims Jesau für das Rechnungsjahr 1927/28 richtig und erteilte den Kassen- und Rechnungsführern Entlastung. Der Bezirkstag gab hierbei dem Wunsche Ausdruck, seinen Mitgliedern eine Aufstellung derjenigen Gemeinden vorzulegen, die sich mit der Bezirksumlage auf das Jahr 1927/28 noch im Rückstande befinden.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes des Bezirksverbandes für das Rechnungsjahr 1929/30, dem der Bezirkstag in der ihm vorgelegten Fassung einstimmig zustimmte, wurde angeregt, daß der Bezirksverband sein Augenmerk auf die Umgestaltung der Herberge zur Heimat in Ramenz richten und den Gemeinden und Krankentassen des Bezirks die Vorschriften über die Benutzung des Krankentransportwagens mitteilen möchte, da nach Ansicht des Bezirkstages diese Körperkassen vornehmlich über die Höhe der Kosten, die durch die Benutzung des Krankentransportwagens entstehen, noch häufig im Unklaren seien.

Der Bezirkstag genehmigte weiter den Haushaltsplan des Bezirksheims Jesau für das Rechnungsjahr 1929/30 in der vorliegenden Fassung, stimmte den Vorschlägen für die Wahl der Vertrauensmänner für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Geschworenen bei den Amtsgerichten zu Ramenz, Pulsnitz und Königsbrüd für das Jahr 1930 zu und erteilte seine Genehmigung zum Nachtrag zur Sachung des Wohnungsamtes für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Ramenz, zur weiteren Beteiligung des Bezirksverbandes am Betriebe der in Pulsnitz errichteten Wirtschafts- und Betriebsrathsschule mit dem bisherigen Jahresbeitrage von 250 RM., zur Beteiligung an der Errichtung einer amtlichen Beratungsstelle für das Volksbüchereiwesen bei der Kreisshauptmannschaft Bauen mit einem Betrage von 500 RM. für das Rechnungsjahr 1929/30. Bei dem letzten Punkte sprach der Bezirkstag den Wunsch aus, sich bei der Kreisberatungsstelle dafür einzusetzen, daß außer den bisher bedachten Volksbibliotheken auch die übrigen Volksbibliotheken des Bezirks bei künftigen Zuwendungen berücksichtigt werden möchten.

Der Bezirkstag genehmigte ferner die Vorlagen zur Aufnahme eines Darlehns von 44 000 RM. durch den Bezirksverband zur Deckung der Kosten für Kleinpflasterungen von Wegen im Bezirke, zur Gewährung einer Beihilfe von 5000 RM. aus Bezirksmitteln und Aufnahme eines Darlehns von 30 000 RM. und zweier Darlehen von je 15 000 RM. für die Stadt Pulsnitz zur Deckung der Kosten, die ihr durch den Neubau einer Brücke über die Pulsnitz im Zuge der Dresden-Ramenzer Staatsstraße entstehen, über den Vertrag mit der Landesversicherungsanstalt Sachsen, den Anschluß an die von dieser errichteten Beratungsstellen für Geschlechtskranke betr., über die Ermächtigung des Bezirksausschusses zur Aufnahme von Darlehen in der erforderlichen Höhe für die Gewährung von Baubeihilfen, Tuberkulosebeihilfen usw., über den 1. Nachtrag zur Pflegekinderordnung und zur Pflegeordnung für uneheliche Kinder, die sich bei der Mutter befinden, über die Sachung über die Anstellungs-, Rechts- und Beförderungsverhältnisse der Beamten und Beamtenanwärter des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Ramenz nach Vornahme einer geringfügigen Veränderung, über den Stellenplan für die planmäßigen Beamten des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Ramenz und die Gehaltsregelung eines Bezirksbeamten sowie endlich den 1. Nachtrag zur Vergütungssteuerordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Ramenz vom 18. Dezember 1926, Dielenlänge betreffend. Die Sitzung fand gegen 11 Uhr mittags ihr Ende.

Dresden, 17. April 1929, 13,00 Uhr. (T. U.)

Schweres Eisenbahn-Unglück in Belgien

10 Tote — 30 Verletzte

Brüssel. Auf der Strecke Brüssel—Mons, die von dem Pariser Schnellzug heute morgen durchfahren wurde, ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Der Schnellzug fuhr in einen Güterzug und schob sich durch den harten Anprall ineinander. Bisher wurden 10 Tote und 30 Verletzte aus den Trümmern geborgen. Der Zustand der Verletzten ist besorgniserregend.

vom 22. März 1929 in der verfassungsrechtlichen Streitfrage der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages gegen das Land Sachsen gegeben und ihn gleichzeitig zur Entschließung aufgefordert. Nach dem Urteil ist der Landtag vom 31. Oktober 1926 für ungültig erklärt worden und nach der Begründung des Urteils kann der Landtag Verhandlungen von rechtlicher Bedeutung nicht mehr vornehmen. Hiermit hat sich der Landtag erledigt. Eine Mitteilung über den Ablauf der Gültigkeit Ihrer Freifahrtkarte wird Ihnen noch zugehen.

Der Präsident des Landtages. gez. Schwarz.